

Die Finanzierung des Rohstoffeinkaufes.

Dr. Adolf Druder, Sekretär des k. k. Oesterreichischen Handelsmuseums, befahte sich ausschließlich mit der finanziellen Seite der Frage und erörterte zunächst die Maßnahmen, welche während des Krieges zur Beschaffung von Devisen und zur Besserung der Wechselkurse vorgekehrt werden können. Hinsichtlich der Zahlung steht die Rohstofffrage vor der Aufgabe, Methoden der Finanzierung zu schaffen, die die Herstellung der Valuta nicht stören, das heißt, den Goldschatz der Notenbank womöglich nicht oder nur wenig in Anspruch zu nehmen und den Notenumlauf nicht vergrößern, weiter die Mobilisierung der im Industriebesitz stehenden Bestände an Kriegsanleihe ohne den Weg des Lombards oder des Massenverkaufs ermöglichen. Zur Erfüllung auch dieser Aufgaben zeigt sich die Fortführung desselben Gedankens organisierter Selbsthilfe erwägenswert, die hier schon zur Sicherung der Rohstoffbezüge empfohlen wurde. Als finanzieller Ueberbau über die vorgeschlagenen Rohstoffartelle soll eine von den Großbanken, großen Syndikaten und Rohstoffsyndikaten geschaffene Bank zur Finanzierung der Rohstoffbezüge ins Leben gerufen werden. Diese Bank übernimmt von den Rohstoffsyndikaten Obligationen, fundiert auf deren Besitz an Kriegsanleihe, und gibt auf der Basis dieser Obligationen sowie ihres eigenen Besitzes an Kriegsanleihe Goldobligationen im Ausland aus. Wenn die Rohstoffsyndikate die gesamte österreichische Industrie in verschiedenen Gruppierungen verkörpern, so würde die zu schaffende Bank, die auf diesen Rohstoffsyndikaten aufgebaut ist, kraft dieses Aufbaues und ihrer Entstehung aus der Beteiligung der österreichischen Großbanken und Syndikate dem Ausland gegenüber mit der ganzen Kraft der österreichischen Volkswirtschaft gegenüberstehen und für ihre Goldobligationen, denen ihre Fundierung über-

dies das Giro des Staates gibt, mindestens denselben Kredit beanspruchen und finden, den etwa der Staat für sein Valutaanlehen in Anspruch nehmen wird.

Mit den auszugehenden Goldobligationen beschafft die Bank die Devisen zur Zahlung der Rohstoffe ohne Inanspruchnahme des Goldschatzes der Notenbank und der Notenpresse. Indem sie die Möglichkeit hat, auf der Basis der pupillarsicheren Kriegsanleihe Obligationen auszugeben, ermöglicht sie es der Industrie und den Banken, ihre Bestände an Kriegsanleihe ohne Lombard und Verkauf zu mobilisieren. Dieser Vorschlag ist durch autonomen Entschluß der Privatwirtschaft zu verwirklichen, eröffnet aber valutatorische Möglichkeiten, die eine derartige Gründung auch für den Staat wertvoll machen könnten, da die vorgeschlagene Bank seine Valutaaktion um den Bedarf der Industrie für Rohstoffe entlasten würde. Das Dazwischentreten einer derartigen Finanzgründung zwischen die österreichische Industrie und das ausländische Kapital ist auch sonst bedeutsam. Fehlt dieses Mittelglied, dann wird es der Kapitalbedarf der Industrie nach dem Kriege voraussichtlich dahin bringen, daß mit dem ausländischen Kapital auch der ausländische Kapitalist und sein Einfluß in die Leitung der österreichischen Industrieunternehmungen unmittelbar und in weit höherem Maße einziehen wird, als dies vor dem Krieg der Fall war. Besteht aber die vorgeschlagene, auf Effektsubstitution aufgebaute Bankgründung, die Vereinigung der großen Finanzkräfte Oesterreichs zum Zwecke der Finanzierung des Rohstoffbedarfes durch Ausgabe von Goldobligationen, dann werden die ausländischen Finanzgruppen, die zur Uebernahme der Obligationen in Betracht kommen, vielleicht in der Leitung dieser Bank eine Vertretung beanspruchen, nicht aber in den Industrieunternehmungen selbst. Die Vorfrage für den Rohstoffbezug und dessen Bezahlung ist dringend. Findet uns der Friedensschluß ungerüstet nach der einen oder andern Richtung, dann werden die Industrien der andern Staaten nicht bloß auf unsern Absatzmärkten im Auslande eher auftreten können als wir, sondern auch im Inlande auf den Markt dringen und uns im eigenen Hause Konkurrenz machen.

Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs in Halb- und Ganzfabrikaten.

Sektionschef R. Riedl führte aus, daß die Sicherung der nötigen Rohstoffe und die Beschaffung der Valuta von der Regierung ernstlich erwogen werde. Auch müsse der für den Transport erforderliche Schiffsraum nach dem Kriege gesichert werden. Es handle sich darum, unsern Bedarf an Rohstoffen den vorhandenen Bezugsmöglichkeiten entsprechend einzuschränken. Die Wiederaufnahme des jetzt unterbundenen Handelsverkehrs in Halb- und Ganzfabrikaten mit dem Auslande werde gleichfalls einer besonderen Regelung bedürfen. Zur Durchführung dieser Aufgaben sei eine Organisation der Industrien notwendig, die nur unter Mitwirkung der Industriellen zustande gebracht werden könne. Hierbei müssen die administrativen und kaufmännischen Funktionen getrennt und die Organisationen den Bedürfnissen der einzelnen Industrien angepaßt werden; der staatliche Zwang habe ergänzend einzugreifen. Die ganze Arbeit sei unter Vermeidung der Doppelvermaltung, doch unter Führung der Regierung zu vollbringen.

Die Industrieorganisation in der Uebergangszeit.

Generaldirektor Edgar Ritter v. Benzig-Franz vertrat die Anschauung, daß eine Geldbeschaffung für die Rohstoffbedürfnisse der Industrie nur auf dem Wege möglich sei, daß unsere Großbanken gemeinsam mit den großen deutschen Bankkonzernen uns Kredit in Amerika erwirken. Dies sei jetzt durch den Umstand erleichtert, daß Amerika durch den Krieg so enorm verdient habe. Auch müßte dort eine Stundung erreicht werden, bis wir durch den Export wieder zu Valuta gelangen, eventuell durch eine Valutaanleihe. Es wird auch ein Unterschied zwischen alten und neuen Valutaschulden zu machen sein. Was nun den Einkauf der Rohstoffe anlangt, so würden die hier gemachten Vorschläge zur Folge haben, daß alles unter Monopol gestellt werden muß, Halb- und Fertigfabrikate, alle Erfsahstoffe. Diese Verbote müßten dauern, bis alles in die letzte Hand des Publikums gelangt ist, in der Textilindustrie zum Beispiel bis zum fertigen Anzug, bis zum Taschentuch u. dgl. Diese Beschränkungen kann man noch aufrecht halten während der Friedensverhandlungen, vielleicht auch eine beschränkte Zeit nach dem Frieden, höchstens vier Monate. Dann wird es Reklamationen ohne Ende geben, und es wird deren Aufrechthaltung nicht mehr